Maumousseau und Washington gg. Frankreich

Urteil vom 6.12.2007

Kammer III

Bsw. Nr. 39.388/05

Beachtung des Kindeswohls in Fällen von Kindesentführung

Art. 6 Abs. 1 EMRK

Art. 8 EMRK

Sachverhalt:

Die ErstBf. ist französische Staatsangehörige. Im Mai 2000 ging sie mit Herrn Washington, einem Staatsangehörigen der USA, eine Ehe ein, der die im August desselben Jahres geborene Tochter Charlotte (ZweitBf.) entstammt.

Kurze Zeit später reichte die ErstBf. die Scheidung ein. Im März 2003 begab sie sich mit Einverständnis ihres Gatten mit ihrer Tochter zu ihren Eltern nach Frankreich, um dort die Ferien zu verbringen. Sie fasste schließlich den Beschluss, mit ihrer Tochter nicht mehr in die USA zurückzukehren.

Mit Beschluss vom 15.9.2003 übertrug das Familiengericht des Staates New York Herrn Washington das vorläufige Sorgerecht für seine Tochter und trug der ErstBf. die sofortige Rückgabe ihrer Tochter auf. In der Folge wandten sich die amerikanischen Behörden unter Berufung auf die einschlägigen Bestimmungen des *Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung* (im Folgenden: Haager Übereinkommen) mit einem Ersuchen um Rückgabe des Kindes an die französische Zentralbehörde.

Mit Urteil vom 15.1.2004 wies das örtliche *Tribunal de grande instance* einen auf die Art. 3 und 12 Haager Übereinkommen gestützten Antrag des Generalprokurators bzw. des Kindesvaters auf Rückgabe der ZweitBf. ab. Begründend führte es aus, es sei zwar von einem widerrechtlichen Zurückhalten eines Kindes iSv. Art. 3 Haager Übereinkommen auszugehen, jedoch würde Charlotte angesichts ihres noch sehr jungen Alters, der jahrelangen engen Beziehung zu ihrer Mutter und ihren Großeltern ernststen Schaden iSv. Art. 13 lit. b Haager Übereinkommen nehmen, sollte sie in die Vereinigten Staaten zurückgebracht werden.

Mit Beschluss vom 8.3.2004 übertrug das Familiengericht des Staates New York Herrn Washington das alleinige Sorgerecht für seine Tochter und ordnete ihre unverzügliche Überführung in die USA an.

Mit Urteil vom 13.5.2004 wurde die Entscheidung des *Tribunal de grande instance* vom Gericht zweiter Instanz aufgehoben und die sofortige Rückgabe des Kindes angeordnet.

Die ErstBf. erhob daraufhin ein Rechtsmittel an den *Cour de Cassation* und wandte Verletzungen von Art. 13 lit. b Haager Übereinkommen, Art. 8 EMRK und von Art. 3 Abs. 1 UN-Kinderrechtskonvention ein. Anfang Juli 2004 wurde sie darauf aufmerksam gemacht, dass sie sich strafbar mache, sollte sie ihre Tochter weiterhin im Verborgenen halten.

Am 23.9.2004 betreten der Generalprokurator und vier Gerichtsbeamte den Kindergarten, in dem sich Charlotte aufhielt, um das Urteil zu vollstrecken. Die ErstBf., ihre Eltern und das Schulpersonal leisteten mit Unterstützung einiger Dorfbewohner energischen Widerstand, worauf die Aktion abgebrochen wurde.

Am 3.12.2004 ordnete das Gericht zweiter Instanz die sofortige Rückgabe der ZweitBf. an ihren Vater an. Einen Tag später verließ sie Frankreich in Richtung Vereinigte Staaten.

Mit Urteil vom 14.6.2005 bestätigte der *Cour de Cassation* das Urteil des Gerichts zweiter Instanz. Er folgte dabei in Abkehr von seiner bisherigen Rechtsprechung dessen Ansatz, wonach eine „schwerwiegende Gefahr“ iSv. Art. 13 lit. b Haager Übereinkommen nicht ausschließlich durch die Trennung von jenem Elternteil, der zur Ortsveränderung bzw. unrechtmäßigen Entfernung des Kindes beigetragen habe, hervorgerufen werden könne.

Im Februar 2006 sprach das Familiengericht des Staates New York aus, dass die ErstBf. ihre Tochter nur unter Beaufsichtigung und nach vorheriger Hinterlegung einer Sicherheitsleistung von USD 25.000,- sehen dürfe.

Am 24.4.2007 gab das *Tribunal de grande instance* einem Scheidungsantrag der ErstBf. statt. Es sprach aus, dass Charlotte künftig bei ihrer Mutter in Frankreich leben solle und räumte ihrem Vater ein Besuchsrecht ein.

Rechtsausführungen:

Die ErstBf. behauptet Verletzungen von Art. 8 EMRK (*Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens*) und von Art. 3 EMRK (hier: *Verbot der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung*) bzw. Art. 6 Abs. 1 EMRK (hier: *Recht auf Zugang zu einem Gericht*) jeweils alleine und in Verbindung mit Art. 8 EMRK.

Zur Zulässigkeit der Beschwerde:

Der GH wird die Beschwerde ausschließlich unter dem Blickwinkel des Art. 8 EMRK prüfen, da die Behauptungen der ErstBf. im Wesentlichen auf die fehlende Begründetheit der Entscheidungen der Gerichte, Charlotte zu ihrem Vater in die Vereinigten Staaten zurückzubringen, bzw. auf die Umstände von deren Vollstreckung abzielen.

Da der Beschwerdepunkt unter Art. 8 EMRK nicht offensichtlich unbegründet iSv. Art. 35 Abs. 3 EMRK ist und auch keine sonstigen Unzulässigkeitsgründe vorliegen, muss er für **zulässig** erklärt werden (einstimmig).

Zur behaupteten Verletzung von Art. 8 EMRK:

Die ErstBf. behauptet, die Rückführung ihrer Tochter in die Vereinigten Staaten habe dem gemäß Art. 3 Abs. 1 UN-Kinderrechtskonvention zu beachtenden Kindeswohl widersprochen und die ZweitBf. in eine unzumutbare Lage iSv. Art. 13 lit. b Haager Übereinkommen gebracht. Ferner hätten die Gerichte die mit der Trennung von der Mutter bzw. von der vertrauten familiären Umgebung in Frankreich verbundenen Konsequenzen nicht berücksichtigt.

1. Zu den Gründen für die Rückgabe der ZweitBf.:

Die von den Behörden angeordnete Rückführung der ZweitBf. stellt einen Eingriff in das Privat- und Familienleben der Bf. dar. Dieser war in den einschlägigen Bestimmungen des in Frankreich unmittelbar anwendbaren *Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung* vorgesehen und diente dem legitimen Ziel des Schutzes der Rechte und Freiheiten der ZweitBf. Zu prüfen ist, ob der Eingriff in einer demokratischen Gesellschaft notwendig war.

Der GH vermag der Argumentation der ErstBf. nicht zu folgen, wonach ein mit einem Rückgabeersuchen nach dem Haager Übereinkommen befasstes Gericht die Situation des Kindes in seiner Gesamtheit – und folglich seine vorrangigen Interessen – nicht zu würdigen wisse. Er wüsste auch nicht, aus welchen Gründen die von den nationalen Gerichten vorgenommene Auslegung von Art. 13 lit. b

Haager Übereinkommen mit dem von der UN-Kinderrechtskonvention angestrebten Ziel des Kindeswohls unvereinbar sein könnte.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die Anwendung des Haager Übereinkommens nicht automatisch zu einer Verpflichtung der Vertragsstaaten zur Rückgabe eines entführten Kindes führen muss, was anhand der Ausnahmeregelungen der Art. 12, 13 und 20, die es dem Staat gestatten, eine konkrete Würdigung der Persönlichkeit des Kindes und seiner Umgebung vorzunehmen, ersichtlich wird. Würde der GH der Argumentation der ErstBf. folgen, würde dies dem vorrangigen Ziel des Haager Übereinkommens zuwiderlaufen, nämlich zu verhindern, dass der entführende Elternteil eine von ihm einseitig herbeigeführte Situation nach Ablauf einer gewissen Zeit einer rechtlichen Legitimation zuzuführen vermag.

Im vorliegenden Fall führten die nationalen Gerichte eine sorgfältige Prüfung der Familiensituation durch. Sie kamen schließlich zu dem Ergebnis, dass einer Rückkehr von Charlotte nichts entgegenstehe und hoben hervor, dass für die Mutter die Möglichkeit bestehe, ihre Tochter in die USA zu begleiten, um dort ein Sorge- bzw. Besuchsrecht geltend zu machen.

Der GH ist somit überzeugt, dass die nationalen Gerichte das Kindeswohl von Charlotte angemessen berücksichtigten. Es bestehen auch keinerlei Hinweise dafür, dass der gerichtliche Entscheidungsprozess unfair abgelaufen oder es den Bf. nicht gestattet gewesen wäre, ihre Rechte effektiv wahrzunehmen.

Was die fehlende Anhörung von Charlotte durch die nationalen Instanzen anlangt, weist der GH auf die Schlussbetrachtungen des Ausschusses für die Rechte des Kindes vom 30.6.2004 zum zweiten Frankreich-Bericht hin, in dem dieser seiner Sorge über die mangelhafte Umsetzung von Art. 12 UN-Kinderrechtskonvention (Berücksichtigung des Kindeswillens) in Frankreich Ausdruck verlieh.

Ungeachtet dessen ist der GH der Überzeugung, dass die Nichtanhörung der ZweitBf. keine Verletzung von Art. 8 EMRK darstellt. Er erinnert an den Fall *Eskinazi und Chellouche/TR*, in dem er hervorgehoben hat, dass es nicht seine Aufgabe sei, die von den nationalen Instanzen vorgenommene Anwendung und Auslegung von Art. 13 Haager Übereinkommen bzw. Art. 12 UN-Kinderrechtskonvention einer eigenständigen Prüfung zu unterziehen.

Im Übrigen wurden Äußerungen der ZweitBf. anlässlich ihrer Befragung durch verschiedene Sachverständige festgehalten, die dann in den Entscheidungen der nationalen Gerichte selbst Eingang fanden. In jedem Fall wäre eine

Anhörung der ZweitBf. angesichts ihres sehr jungen Alters nicht ausschlaggebend gewesen. Für die Rückführung der ZweitBf. lagen daher ausreichende und angemessene Gründe iSv. Art. 8 Abs. 2 EMRK vor.

2. Zur versuchten Vollstreckung des Urteils des Gerichts zweiter Instanz:

Der GH erinnert daran, dass laut Art. 11 Haager Übereinkommen in Verfahren über die Rückgabe von Kindern die Gerichte oder Verwaltungsbehörden eines jeden Vertragsstaates mit der gebotenen Eile zu handeln haben.

Im vorliegenden Fall war die ZweitBf. nach Ergang des Urteils des Gerichts zweiter Instanz für die französischen Behörden unauffindbar, da ihre Mutter sie im Verborgenen hielt, um eine Vollstreckung der Entscheidung zu verhindern. Ein derartiges Verhalten lässt jegliche Bereitschaft seitens der ErstBf. vermissen, mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Die Ereignisse rund um den Einsatz der Gerichtsbeamten im Kindergarten waren somit Folge der beharrlichen Weigerung der Kindesmutter, das Kind freiwillig dem Vater zu übergeben.

Wenn auch Interventionen der Staatsgewalt keineswegs als bestgeeignetes Mittel der Reaktion auf Situationen wie die vorliegende betrachtet werden können und traumatische Folgen für den Betroffenen nach sich ziehen können, fanden sie im gegenständlichen Fall in Anwesenheit des und unter Beaufsichtigung durch den Generalprokurator statt. Dazu kommt, dass die Behörden von der Aktion abließen, nachdem mehrere Personen, die für die Sache der Bf. eintraten, Widerstand geleistet hatten. Unter diesen Umständen war der Rückgriff auf Zwangsgewalt nicht unangemessen.

3. Ergebnis:

In beiden Fällen ist **keine Verletzung von Art. 8 EMRK** festzustellen (5:2 Stimmen; *Sondervotum von Richter Zupančič, gefolgt von Richterin Gyulumyan*).

Zur behaupteten Verletzung von Art. 6 Abs. 1 EMRK:

Die Bf. behauptet, angesichts der zugunsten des Kindesvaters ergangenen Sorgerechtsentscheidung des Familiengerichts des Staates New York könne ihr die Einreise in die USA und der Aufenthalt dort mit der Begründung untersagt werden, sie könnte einen amerikanischen Staatsbürger an der Ausübung seines Sorgerechts hindern. In jedem Fall sei ihr der Zugang zu ihrer Tochter verwehrt, da sie diese nur unter gerichtlicher Beaufsichtigung und nach vorheriger Hinterlegung einer Sicherheitsleistung von USD 25.000,- sehen dürfe.

Da dieser Beschwerdepunkt nicht offensichtlich unbegründet iSv. Art. 35 Abs. 3 EMRK ist, muss er für **zulässig** erklärt werden (einstimmig).

Laut Ansicht des GH waren die nationalen Behörden nach dem Haager Übereinkommen verpflichtet, für Charlottes Rückkehr in die Vereinigten Staaten Sorge zu tragen, außer es bestanden objektive Gründe für die Annahme, das Kind – und eventuell auch die Mutter – würden dort Gefahr laufen, Opfer einer offenkundigen Rechtsverweigerung zu sein. Was das von der ErstBf. angesprochene Risiko der Verweigerung der Einreise in die USA angeht, war dieses rein hypothetisch, wie bereits das Gericht zweiter Instanz angemerkt hat. In jedem Fall wäre es der ErstBf. freigestanden, sich mit ihrem Anliegen an das Familiengericht des Staates New York zu wenden. Der GH merkt an, dass sie den mehrfachen Vorladungen dieses Gerichts zu keiner Zeit Folge geleistet hat.

Es bleibt zu prüfen, ob die Umstände nach der Rückkehr von Charlotte, insbesondere die Tatsache, dass die amerikanischen Behörden die Geltendmachung des Sorge- bzw. Besuchsrechts von der Einhaltung gewisser Bedingungen (gerichtliche Beaufsichtigung, Hinterlegung einer Sicherheitsleistung) abhängig machten, die Verantwortlichkeit Frankreichs ins Spiel bringen können.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die ErstBf., die vor den amerikanischen Gerichten durch einen Rechtsanwalt vertreten war, weder den Beschluss des Familiengerichts anfocht noch einen Antrag auf Durchführung oder wirksame Ausübung des Rechts zum persönlichem Umgang mit ihrem Kind nach Art. 21 Haager Übereinkommen stellte. Im Übrigen ist die französische Zentralbehörde nach wie vor mit der Situation der Bf. befasst. Dies geht etwa aus einem Schreiben vom 15.1.2007 hervor, in dem von einem gescheiterten Versuch einer von ihr vorgeschlagenen Mediation mit dem Kindesvater und von der Bereitschaft die Rede ist, sich ihrerseits an die amerikanische Zentralbehörde zu wenden, um der ErstBf. bei der Einräumung eines Besuchsrechts behilflich zu sein.

Es liegt somit **keine Verletzung von Art. 6 Abs. 1 EMRK** vor (einstimmig).

Vom GH zitierte Judikatur:

Ignaccolo-Zenide/RO v. 25.1.2000.

Maire/P v. 25.6.2003.

Eskinazi und Chelouche/TR v. 13.12.2005 (ZE).

Gettcliffe und Grant/F v. 24.10.2006 (ZE).

Schöpfer